

**Deutschland-Ludwigshafen: Analysen**  
**OJ S 178/2023 15/09/2023**  
**Auftragsbekanntmachung – Sektoren**  
**Dienstleistungen**

**Rechtsgrundlage:**  
Richtlinie 2014/25/EU

---

**Abschnitt I: Auftraggeber**

**I.1. Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Technische Werke Ludwigshafen  
Postanschrift: Industriestraße 3  
Ort: Ludwigshafen  
NUTS-Code: DEB34 Ludwigshafen am Rhein, Kreisfreie Stadt  
Postleitzahl: 67063  
Land: Deutschland  
E-Mail: [werner.sautter@twl.de](mailto:werner.sautter@twl.de)  
Telefon: +49 6212883  
Fax: +49 6212890  
**Internet-Adresse(n):**  
Hauptadresse: <https://www.deutsche-evergabe.de>

**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: [https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard\\_off/fda6c4f9-25e7-48c6-bf4f-79b1b9565495](https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/fda6c4f9-25e7-48c6-bf4f-79b1b9565495)  
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen  
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: [https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard\\_off/fda6c4f9-25e7-48c6-bf4f-79b1b9565495](https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/fda6c4f9-25e7-48c6-bf4f-79b1b9565495)  
Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: <https://www.deutsche-evergabe.de>

**I.6. Haupttätigkeit(en)**

Wasser

---

**Abschnitt II: Gegenstand**

**II.1. Umfang der Beschaffung**

**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Trink- und Grundwasseranalysen  
Referenznummer der Bekanntmachung: VGA1018EU

**II.1.2. CPV-Code Hauptteil**

71620000 Analysen

**II.1.3.**

## **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

### **II.1.4. Kurze Beschreibung**

Probenentnahmen und Analysen (Trink- und Grundwasser) gem. der bestehenden Verordnungen im Gewinnungsgebiet des Versorgungsgebiets Ludwigshafen am Rhein.

### **II.1.5. Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 800 000,00 EUR

### **II.1.6. Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

## **II.2. Beschreibung**

### **II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)**

71620000 Analysen

### **II.2.3. Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEB34 Ludwigshafen am Rhein, Kreisfreie Stadt  
Hauptort der Ausführung: in den Vergabeunterlagen aufgeführt

### **II.2.4. Beschreibung der Beschaffung**

Probenentnahmen und Analysen (Trink- und Grundwasser) gem. der bestehenden Verordnungen im Gewinnungsgebiet des Versorgungsgebiets Ludwigshafen am Rhein.

### **II.2.5. Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

### **II.2.6. Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 800 000,00 EUR

### **II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 12  
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

### **II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

### **II.2.11. Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

### **II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

### **II.2.14. Zusätzliche Angaben**

## **Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

---

### **III.1. Teilnahmebedingungen**

#### **III.1.1.**

## **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Folgende Erklärungen müssen in der nachfolgenden Reihenfolge geordnet mit dem Teilnahmeantrag

abgegeben werden:

(Fehlen im Teilnahmeantrag vom Auftraggeber geforderte Nachweise oder Erklärungen, kann der Auftraggeber

diese in einer von ihm gesetzten Frist nachverlangen. Werden die Erklärungen oder Nachweise nicht innerhalb

der Frist vorgelegt, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

Soweit Eigenerklärungen verlangt werden, behält sich der Auftraggeber vor, die Bestätigung der zuständigen

Stelle nachzufordern.):

1) Firmenprofil des Bewerbers (Angabe der wichtigsten Eckdaten wie z. B., Mitarbeiteranzahl, Standorte,

Unternehmensstruktur, etc. als formlose Erklärung in Textform),

2) Auszug bzw. Nachweis über die Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister, oder eine gleichwertige

Urkunde oder Bescheinigung einer zuständigen Verwaltungsbehörde oder eines Gerichts des Herkunftslandes

des Bewerbers (bei

Ablauf der Bewerbungsfrist nicht älter als 3 Monate),

3) Nachweis über Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft,

4) Eigenerklärung, dass er die Pflicht zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

nicht verletzt oder verletzt hat, vgl. § 123 Abs. 4 GWB,

5) Eigenerklärung, dass er keine unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit

und Zuverlässigkeit (Eignung) abgibt oder diese Auskünfte unberechtigt nicht erteilt, vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 8

GWB,

6) Eigenerklärung, dass keine nachweislich begangene schwere Verfehlung vorliegt, durch die die

Zuverlässigkeit des Bewerbers oder einer Person, die für das Unternehmen verantwortlich handelt, in Frage

gestellt wird, vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB. Ein Verhalten ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn eine

Person, die für die Führung der Geschäfte verantwortlich handelt, selbst gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder

Organisationsverschulden dieser Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für das Unternehmen

handelnden Person vorliegt, vgl. § 123 Abs. 3 GWB.

7) Eigenerklärung, dass er einen Verhaltensstandard niedergelegt hat, diesen in seinem Unternehmen

kommuniziert und seine relevanten Geschäftsprozesse danach ausgerichtet hat. Ziel des Verhaltensstandards

ist die Gewährleistung

Integren Geschäftsverhaltens im Sinne einer präventiven Antikorruptionsmaßnahme.

8) a) Eigenerklärung zur verbindlichen Anerkennung des Landestariftreuegesetzes (LTTG) Rheinland-Pfalz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben vom 1.12.2010

(GVBl.2010, Nr. 20, S. 426 ff. vom 13.12.2010).

8) b) Eigenerklärung folgenden Inhalts: „Hiermit erklären wir, dass wir unseren Mitarbeitern den im o. a. LTTG Gesetz geforderten Mindestlohn zahlen und den Auftraggeber wegen eventueller Ansprüche freistellen.

Diese Verpflichtung übernehmen wir auch für Unternehmen, die wir mit der Erfüllung unserer Verpflichtungen

gegenüber dem Auftraggeber beauftragen.

9) Bewerbergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete

Erklärung abzugeben.

— in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt wird,

— in der alle Mitglieder aufgeführt sind und ein bevollmächtigter Vertreter bezeichnet wird,

— dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber

rechtsverbindlich vertritt

und insbesondere zur Abgabe des Teilnahmeantrags, zur Angebotsabgabe sowie zum Abschluss und zur

Durchführung des Vertrages bevollmächtigt ist,

— dass alle Mitglieder sich als Gesamtschuldner verpflichten und als solche haften, auch über die Auflösung

der Bieter bzw. Arbeitsgemeinschaft hinaus.

Ansonsten wird die Bewerbergemeinschaft zwingend ausgeschlossen

### **III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Folgende Erklärungen müssen in der nachfolgenden Reihenfolge geordnet mit dem Teilnahmeantrag

abgegeben werden:

Fehlen im Teilnahmeantrag vom Auftraggeber geforderte Nachweise oder Erklärungen, kann der Auftraggeber

diese in einer von ihm gesetzten Frist nachverlangen. Werden die Erklärungen oder Nachweise nicht innerhalb

der Frist vorgelegt, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Soweit Eigenerklärungen verlangt werden,

behält sich der Auftraggeber vor, die Bestätigung der zuständigen Stelle nachzufordern:

1) Eigenerklärung jeweils zu Umsatz und Lieferungen/Leistungen, jeweils für die letzten 3 abgeschlossenen

Geschäftsjahre;

2) Eigenerklärung zum Umsatz für mit der auszuschreibenden Maßnahme vergleichbaren Lieferungen/

Leistungen in den letzten 3 Geschäftsjahren unter Angabe des Eigenleistungsanteils;

3) Nennung von mindestens 3 Referenzen bei Wasserversorgungsunternehmen aus der Europäischen Union,

nicht älter als 3 Jahre, die in Umfang und Leistung denen der Ausschreibung entsprechen;

4) Bonitätsnachweis über Eigenauskunft (Creditreform, CRIF GmbH oder vergleichbar), nicht älter als 6 Monate;

- 5) Eigenerklärung, dass über das Vermögen des Bewerbers kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist oder mangels Masse abgelehnt worden ist, vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 2  
GWB;
- 6) Eigenerklärung, dass sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet, vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 2  
GWB;
- 7) Nachweis von Haftpflichtversicherungen (Unternehmenshaftpflicht, Berufshaftpflicht) mit Angabe der Deckungssummen für Sach-, Personen- und Vermögensschäden.  
Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

### III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- 1) Personal: die Anzahl der kurzfristig regelmäßig einsetzbaren Mitarbeiter ist anzugeben (nur eigenes sozialversicherungspflichtiges Personal – keine Subunternehmer – und im Fall ausländischer Mitarbeiter nur mit gültigen Arbeits- und Aufenthaltspapieren)
- 2) Eigenerklärung über gute Deutschkenntnisse in Wort und Schrift von Laborpersonal und Probenehmern;
- 3) Verfügbarkeit 24/7/365;
- 4) Analysenauswertung und Ergebnismitteilung auf Anforderung auch außerhalb der normalen LaborArbeitszeiten
- 5) Der Auftragnehmer muss nach Anforderung einer Probenahme nach max. 1,5 Stunden mit Personal vor-Ort sein und mit der Probenahme sowie anschließend mit der Analytik beginnen. Im Teilnahmeantrag ist darzulegen, wie dies gewährleistet werden soll. Dies kann beispielsweise durch die Benennung der im Auftragsfall zuständigen Niederlassung/Stützpunkt oder durch die Erklärung erfolgen, dass und wo im Auftragsfall eine Niederlassung/Stützpunkt eingerichtet wird.
- 6) Durchführung aller Analysen am benannten Standort, keine Probenaufteilung zu weiteren Laborstandorten (Ausnahme bei Radioaktivität); Analyseergebnisse sind dem Auftraggeber unverzüglich zu übermitteln
- 7) Keine Fremdvergabe der Analysen sowie der Probenahmen im gesamten Trinkwasserbereich (Gewinnung, Aufbereitung, Netzeinspeisung und Ortsnetz an Nachunternehmer (Ausnahme Radioaktivität). Des Weiteren keine Fremdvergabe der Analysen im Grundwasserbereich.
- 8) Wird beabsichtigt, für den Bereich Radioaktivität Nachunternehmer einzusetzen, sind falls bekannt die Nachunternehmer zu benennen. Sämtliche Eigenerklärungen sind auch für diese Nachunternehmer

5 / 7

mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Bei Bietergemeinschaften sind die Eigenerklärungen von jedem Bietergemeinschaftsmitglied vorzulegen;

9) Nachweis über die Zulassung für das Trinkwasserinformationssystem Rheinland-Pfalz „TWISTweb“ oder gleichwertig;

10) Nachweis über Akkreditierung für alle Parameter nach TrinkwV 2001 (Radioaktivität evtl. akkreditierter Nachunternehmer);

11) Nachweis über die regelmäßige Teilnahme an Ringversuchen;

12) Erfahrung im Abbauverhalten von mikrobiologisch verwertbaren Stoffen und deren Berücksichtigung bei der Analytik;

13) Der Auftraggeber behält sich vor, vor der Zuschlagserteilung die Vorlage entsprechender Nachweise zur Bestätigung der Eigenerklärungen und Angaben zu fordern;

14) Eigenerklärung – Die in Deutschland geltenden Verordnungen und Gesetze, die bei der Durchführung des Auftrages zu beachten und einzuhalten sind, sind bekannt. Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

#### **III.1.4. Objektive Teilnahmeregeln und -kriterien**

Auflistung und kurze Beschreibung der Regeln und Kriterien:

Bewerber, die die Eignungskriterien erfüllt haben (erfolgreiche Bewerber), werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bewerber, die die Eignungskriterien nicht erfüllen, werden vom weiteren Ausschreibungsverfahren ausgeschlossen.

Alle Schriftstücke (Teilnahmeanträge, Angebote, Protokolle, etc.) sind in deutscher Sprache zu verfassen. Bei

allen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Projektdurchführung wird von dem eingesetzten Personal

das Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift vorausgesetzt

#### **III.1.6. Geforderte Kauttionen oder Sicherheiten**

#### **III.1.7. Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf Vorschriften, in denen sie enthalten sind**

Es gelten die Vertragsbedingungen des Auftragsgebers ZVB-Dienst, AEB - siehe unter:

<https://www.twl.de/das-ist-tw/ueber-uns/lieferanteninformationen>

#### **III.1.8. Rechtsform, die die Unternehmensgruppe, der der Auftrag erteilt wird, haben muss**

### **III.2. Bedingungen für den Auftrag**

#### **III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags**

Der Auftraggeber behält sich im Rahmen einer Ermessensentscheidung vor, die Bieter unter Einhaltung

der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung gemäß § 51 SektVO aufzufordern, fehlende,

unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben,

Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder  
fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.  
Teilnahmeanträge mit fehlenden Unterlagen, unvollständigen oder fehlenden Angaben und Nachweisen zu den  
Mindestbedingungen können vom Wettbewerb ausgeschlossen werden. Die Vergabestelle behält sich vor, ohne  
hierzu verpflichtet zu sein oder ohne dass hierauf ein Anspruch besteht, Erklärungen und Nachweise (auch bei  
Mindestbedingungen) in einer von ihr gesetzten Frist nachzufordern.  
Eine Kostenerstattung oder Entschädigungsleistung für die Teilnahme an dem Verfahren wird nicht gewährt.  
Der Teilnahmeantrag ist in deutscher Sprache einzureichen. Der Teilnahmeantrag ist an Hand der in dieser  
Bekanntmachung enthaltenen Informationen und Vorgaben zu erstellen und muss alle in der Bekanntmachung  
geforderten Angaben, Nachweise und Unterlagen vollständig und zweifelsfrei beinhalten. Alle geforderten Angaben/Erklärungen und Nachweise sind ebenfalls in deutscher Sprache einzureichen. Soweit  
Eigenerklärungen verlangt werden, behält sich der Auftraggeber vor, die Bestätigung der jeweils zuständigen Stelle nachzufordern.

## **Abschnitt IV: Verfahren**

---

### **IV.1. Beschreibung**

#### **IV.1.1. Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren mit vorherigem Aufruf zum Wettbewerb

#### **IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

#### **IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

### **IV.2. Verwaltungsangaben**

#### **IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 15/10/2023 Ortszeit: 19:30

#### **IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 18/10/2023

#### **IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können**

Deutsch

#### **IV.2.6. Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/01/2024

## **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

---

### **VI.1.**

## **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

### **VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

Aufträge werden elektronisch erteilt

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

Die Zahlung erfolgt elektronisch

### **VI.3. Zusätzliche Angaben**

Der Auftraggeber behält sich im Rahmen einer Ermessensentscheidung vor, die Bieter unter Einhaltung

der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung gemäß § 51 SektVO aufzufordern, fehlende,

unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben,

Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder

fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.

Teilnahmeanträge mit fehlenden Unterlagen, unvollständigen oder fehlenden Angaben und Nachweisen zu den

Mindestbedingungen können vom Wettbewerb ausgeschlossen werden. Die Vergabestelle behält sich vor, ohne

hierzu verpflichtet zu sein oder ohne dass hierauf ein Anspruch besteht, Erklärungen und Nachweise (auch bei

Mindestbedingungen) in einer von ihr gesetzten Frist nachzufordern.

Eine Kostenerstattung oder Entschädigungsleistung für die Teilnahme an dem Verfahren wird nicht gewährt.

Der Teilnahmeantrag ist in deutscher Sprache einzureichen. Der Teilnahmeantrag ist an Hand der in dieser

Bekanntmachung enthaltenen Informationen und Vorgaben zu erstellen und muss alle in der Bekanntmachung

geforderten Angaben, Nachweise und Unterlagen vollständig und zweifelsfrei beinhalten. Alle geforderten Angaben/Erklärungen und Nachweise sind ebenfalls in deutscher Sprache einzureichen. Soweit

Eigenerklärungen verlangt werden, behält sich der Auftraggeber vor, die Bestätigung der jeweils zuständigen

Stelle nachzufordern

### **VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

#### **VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Postanschrift: Stiftstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer.rlp@mwwlvw.rlp.de](mailto:vergabekammer.rlp@mwwlvw.rlp.de)

Telefon: +49 613116-2234

Fax: +49 613116-2113

### **VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

- (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen.
- (2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.
- (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.
- (4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

### **VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung**

11/09/2023